

Basellandschaftliche **bz** Zeitung

NORDSCHWEIZ

Das Copyright und alle Rechte bleiben bei der Basellandschaftlichen Zeitung.

Bei einer Veröffentlichung müssen wir auf einen Quellennachweis bestehen.

Die Verwendung zu kommerziellen Zwecken ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages erlaubt.

Basellandschaftliche Zeitung
Schützenstrasse 2-6, 4410 Liestal

<http://www.bz-online.ch>

Weiter ...

Mehr Geld für Bildung

Resolution In Basel fand der erste Nationale Bildungs- und Forschungsgipfel statt



IN DIE OFFENSIVE Ständerätin Anita Fetz (l.) und Nationalrätin Kathy Riklin (2.v.l.) wird von Ernst Hafen, Präsident der ETH Zürich und Vertreter des ETH-Rates, sowie von der Fachhochschul-Studentin Caroline Wyss die Resolution zuhanden der eidgenössischen Räte überreicht. KEY

Nicht nur 4,5 Prozent, sondern zehn Prozent höhere Investitionen soll der Bund für die Bildung und Forschung tätigen.

ESTHER JUNDT

«Die Ausgaben für Bildung und Forschung sind Investitionen in die Zukunft», sagte Professor René Dändliker als Vertreter der Akademien der Wissenschaften an einer Medienkonferenz im Vorfeld des Nationalen Bildungs- und Forschungsgipfels in Basel. Es sei das erste Mal, dass alle bedeutenden Institutionen im Schweizerischen Bildungsbereich die gleiche Forderung an den Bund stellen.

Konkret verlangen der Schweizerische Nationalfonds, die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, die Akademien der Wissenschaften, die Konferenz der Fachhochschulen und der ETH-Rat zehn Prozent höhere Investitionen in Bildung und Forschung ab dem Jahre 2008. Eine entsprechende Resolution wurde zuhanden der Mitglieder der eidgenössischen Räte verabschiedet. Verlangt wird, dass der Bund das Budget für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Jahre 2008 bis 2011 um zusätzliche 723 Millionen Franken im Jahr

erhöht. Der Bundesrat hingegen schlägt eine Erhöhung um weniger als die Hälfte, nämlich 4,5 Prozent, vor. Dies sei bei Weitem ungenügend, sagen Vertreter der Institutionen. «Der Vorschlag des Bundesrates würde zu einer unwiderruflichen und langfristigen Schwächung der Schweizer Bildung und Forschung führen», heisst es in der Resolution.

Die Früchte werden geerntet

Laut Dändliker braucht es bedeutend mehr Geld, weil die Studierendenzahl um rund 15 000 Personen zunimmt, die Hochschulen neue Aufgaben übernommen hätten, die Fachhochschulen ausgebaut worden seien und der Konkurrenzkampf der Wissenschaften eine Herausforderung darstelle. Zudem sei die Berufsbildung ausgebaut und die Beteiligung an Forschungsprogrammen der EU verstärkt worden. «Die Politik muss handeln und in die Zukunft des Wissens und Könnens investieren», sagte er. Diese Forderung werde auch vom Gewerbeverband und vom Arbeitgeber-Verband gestützt.

Professor Dieter Imboden, Präsident des Forschungsrates des Schweizerischen Nationalfonds, wies darauf

Update

AM 5. JULI 2006 schlug der Bundesrat in einem Vorentscheid ein jährliches Wachstum des Budgets im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) von 4,5% für die Jahre 2008–2011 vor. In der Flimser Session sprachen sich der Ständerat unverbindlich für 6%, der Nationalrat für 8% aus. Ende Jahr wird der Bundesrat seine BFI-Botschaft publizieren. Im Frühling wird voraussichtlich das Bundesparlament darüber beraten. Die Schlussabstimmung ist im Herbst 2007 wahrscheinlich. (AJM)

hin, dass die Schweizer Wissenschaftler Erfolge verbuchen: «Wir leben heute von den Früchten der Investitionen der 70er- und 80er-Jahre». Wenn jetzt aber nicht massiv Geld investiert werde, müsse die Schweizer Wissenschaft in wenigen Jahren einen sehr hohen Preis bezahlen. Schon heute werde sie in gewissen Bereichen vom Ausland überholt. Laut Imboden sparte der Bund zwischen 2004 bis 2007 allein bei der Grundlagenforschung 417 Millionen Franken. Insgesamt sei in diesem Zeitraum das BFI-Budget um

1,3 Milliarden gekürzt worden. Deshalb bestehe auch ein hoher Nachholbedarf. Die Privatwirtschaft hingegen habe ihre Forschungs- und Bildungsgelder nicht gekürzt.

Hochschulen sind kostenbewusst

In der Resolution wird darauf hingewiesen, dass seit 1980 die BFI-Ausgaben hinter jenen für Landesverteidigung und Landwirtschaft stehen und an sechster Stelle verharren. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der ETH sei inzwischen gefährdet, die kantonalen Universitäten müssten sparen und der Nationalfonds verfüge über zu geringe Mittel, um international herausragende Grundlagenforschung ausreichend zu unterstützen. Schon heute würden der Industrie exzellente Forscher und hoch qualifizierte Fachleute fehlen.

Die Schweizer Hochschulen befänden sich in einer Umstrukturierung, heisst es weiter. Auch gebe es zahlreiche Reformen. In den Institutionen bestehe heute schon ein Kostenbewusstsein, wird in der Resolution betont. Es sollen noch mehr effiziente und schlanke Strukturen geschaffen sowie Doppelspurigkeiten und Überkapazitäten abgebaut werden.

Erst der Start zu einem Marathon

Wie weiter? Die Resolution ist nur der erste Schritt

ANDREA MASEK

Zum ersten Mal überhaupt haben sich die wichtigsten Träger im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) zusammengesetzt, um gemeinsam für die Schweizer Wissenschaftsgesellschaft zu kämpfen. «Ich bin überrascht und beeindruckt, dass alle mitgemacht haben», kommentierte René Dändliker als Vertreter der Akademien der Wissenschaften der Schweiz diesen Akt zu Beginn des Nationalen Bildungs- und Forschungsgipfels. Er hatte dann auch das Schlusswort: Die Resolution sei erst der Start zu einem Marathon, bei dem es noch viele Hürden zu überwinden gebe, wie Ständerätin Anita Fetz in ihrem Referat vorausgesagt habe.

«Think big», appellierte Erziehungsdirektor Christoph Eymann an den Bundesrat und das Bundesparlament. Das Volk habe im Frühling mutig die Bildungsverfassung genehmigt, die Wirtschaft zeige sich sehr engagiert, nun solle Bern nachziehen. Die beiden Basler Kantone würden mit bestem Beispiel vorangehen, konnte der Regierungsrat sich nicht verkneifen zu bemerken. Auch Hans-Ulrich Märki, Chairman of the Board IBM, plädierte für ein «stolzes Engagement des Bundes, damit sich die Schweiz global platzieren könne und nicht im Mittelmeerraum versinke».

Spitzensport als Beispiel

«Heute handeln, um morgen Spitze zu sein» – unter dieses Motto stellte Nationalrat Johannes Randegger seinen Beitrag. Wie er betonten auch alle anderen Votantinnen und Votanten, dass es der Schweizer Forschung momentan zwar gut gehe. Doch man zehre von der Vergangenheit. Dabei gelte es vorzuschauen – und auch das nicht nur auf weitere drei Jahre hinaus. Zudem schlafe die Konkurrenz nicht, im Gegenteil.

«Es ist wie im Sport: Wer oben Spitzensport will, muss unten in der Breite investieren», meinte Fetz. Sie riet den Anwesenden, gute Argumente bereit zu halten, denn in keinem anderen Bereich werde eine so hohe Aufstockung gefordert. Sie lieferte sogar gleich selbst die Schlagworte: Kompensation für die Sparmassnahmen der letzten Jahre, Erfüllung der Aufgaben der neuen Bildungsverfassung, Demographie (Zunahme von Lehrlingen und Studierenden) sowie internationale Wettbewerbsfähigkeit. «Nicht Prozente, sondern Inhalte überzeugen», erklärte Fetz. Die Chancen auf eine Erhöhung sieht die Ständerätin als intakt, wenn die Politiker Reformbereitschaft und Engagement bei den Bildungsträgern spüren würden.

Suzanne Thoma, CEO von Rolic Allschwil, zeichnete ein düsteres Bild der Schweiz für das Jahr 2016, sollten die zehn Prozent nicht zugesagt werden: «Die Gesellschaft verarmt, wir werden für weniger Lohn mehr arbeiten müssen.»

Albrecht als gemeinsamer bürgerlicher Kandidat

Ständerat Ein Jahr vor der Wahl nominierte die CVP Basel-Stadt als erste Partei

MARKUS VOGT

Die CVP Basel-Stadt hat Grossrat Andreas Albrecht (LDP) als Ständeratskandidaten nominiert. Er ist gemeinsamer Kandidat aller bürgerlichen Parteien.

Der liberale Grossrat Andreas Albrecht hatte sozusagen ein Heimspiel, obwohl er sich nicht in der eigenen Partei vorzustellen hatte: Seine Nomination war unbestritten und erfolgte einstimmig. Dass nur gerade 30 Parteimitglieder der Einladung gefolgt waren, dürfte auch nicht an seiner Person gelegen haben, sondern eher an diversen Sportanlässen, die am selben Abend stattfanden.

Der 38-jährige Jurist sei nach einem intensiven Evaluationsverfahren als der geeignete Kandidat ausserkoren worden, um die amtierende Ständerätin Anita Fetz zu entthronen, erläuterte Parteipräsident Markus Lehmann. Anderthalb Jahre lang hätten die Gespräche im engen Kreis, das heisst unter den Parteipräsidenten der vier bürgerlichen Parteien FDP, LDP, CVP und SVP gedauert.

Lehmann sagte auch, dass die Bürgerlichen nach dem schlechten Abschneiden bei den letzten Wahlen 2003 mit den Wirtschaftsverbänden zusammengewesen seien, um zu beraten, wie man es diesmal besser machen könnte. Erforderlich sei nebst dem Kandidaten ein grosser Einsatz aller Parteimitglie-

der, mahnte er auch. Dass nun erstmals die SVP mit im Boot sitze, bedeute keineswegs eine politische Annäherung. «Mit der SVP, wie sie heute ist, kann man an einen Tisch sitzen und reden. Eine Übereinstimmung wird es deshalb kaum je geben», meinte Lehmann. Es gehe einzig und allein um eine Wahl-Allianz – die Linke mache solche Dinge ja schliesslich auch.

Das familiäre Netz

Der 38-jährige, im Gundeli wohnhafte Familienvater Andreas Albrecht nannte bei seiner Vorstellung die Finanz- und Steuerpolitik als einen seiner politischen Schwerpunkte. Er habe sich bisher intensiv mit verschiedenen Steuerinitiativen, der Schuldenbremse und dem Pensionskassengesetz befasst. Er trete für einen freiheitlichen, demokratischen und sozialen Staat ein, möchte Eigeninitiative und Eigenverantwortung sowohl bei den Bürgern als auch bei der Wirtschaft fördern. Weiter trete er für ein attraktives Steuerklima ein, für gesunde Staatsfinanzen, für stabile familiäre Strukturen («das familiäre Netz ist das beste Sozialwesen»). Seit Jahren engagiert er sich in der evangelisch-reformierten Kirche. Im Fall seiner Wahl würde er in Bern der Fraktionsgemeinschaft von FDP und LDP beitreten. Als Befür-



UNTERSTÜTZT Der Liberale Andreas Albrecht genießt die Sympathie der CVP. ZVG

worter der Konkordanz würde er bei der bevorstehenden Bundesratswahl im Dezember Christoph Blocher bestätigen, meinte er auf eine Frage aus dem Saal.

Im Anschluss an die Nomination von Albrecht fasste die CVP noch die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 26. November. Grossrat André Weissen erläuterte das Osthilfegesetz, Grossrätin Helen Schai das Familienzulagen-gesetz. Für beide ergab sich einstimmig die Ja-Parole, bei je einer Enthaltung.

Christoph Merian Stiftung auf Expansionskurs

Herbstgespräch CMS berichtet von ihren Projekten

«Die Christoph Merian Stiftung ist in den letzten Jahren stark gewachsen», sagt Bürgerrat und CMS-Präsident, Lukas Faesch. Die aktuelle Organisationsstruktur mag daher nicht mehr mithalten.

Neu werden drei Abteilungen gebildet: Soziales und Städteentwicklung (geleitet von Walter Brack), Natur und Umwelt (Thomas Buchli) und Kultur (Beat von Wartburg, bisheriger Verlagsleiter). Dazu werden die der CMS anvertrauten Zustiftungen, dem entsprechenden Stiftungszweck nach, den drei Abteilungen zugeteilt. Für etwa zehn Jahre sollen Synergien genutzt und viel Wissen aufgebaut werden, meint Faesch und versichert: «Das Testament Merians wird erfüllt.»

2001 wurde die Vision Dreispitz entwickelt. Das fast in sich geschlossene Dreispitzareal soll neuen Nutzungen Platz bieten. Die CMS, die etwa 500 000 Quadratmeter Land auf dem Dreispitz besitzt, schlägt ein hohes Tempo an. Der neue Nutzungsplan soll 2007 oder 2008 abgeschlossen sein. Die CMS übernimmt auch die 30 Mitarbeitenden der Dreispitzverwaltung. 75 000 Quadratmeter Nutzfläche stehen alleine im Freilager zur

Verfügung. Etwa 20 000 Quadratmeter wird die Hochschule für Gestaltung und Kunst mieten. Auch andere Interessenten haben bei CMS-Direktor Christian Felber angeklopft. «Die Nachfrage ist gross», bestätigt er.

Walter Brack seinerseits informierte über den Stand der zehn Projekte «Quartierentwicklung St. Johann». Die CMS ist dort operativ tätig. «Wir schicken nicht nur Geld rüber», hält Brack fest. Das wichtigste und grösste Projekt wird ein Begegnungsort für das Quartier sein. Dazu wird der St. Johanns-Park umgestaltet. Der konkrete Entscheid wird Ende dieses Jahres gefällt. Der Ideenwettbewerb «St. Johann denkt» wird in wenigen Wochen prämiert. 53 Projekte wetteifern um eine Beteiligung der Stiftung.

Die Christoph Merian Stiftung stellt mit Beat von Wartburg auch den Präsidenten von SwissFoundations (SF). SF ist der Verband der Vergabestiftungen in der Schweiz. Landesweit gibt es etwa 11 500 gemeinnützige Stiftungen, die zusammen ein Stiftungsvermögen zwischen 30 und 50 Milliarden Franken verwalten. Etwa 10 Milliarden an Stiftungsvermögen werden alleine in Basel verwaltet. (SCH)